

Die politische Lage in Griechenland

Die politische und wirtschaftliche Lage in Griechenland ist angespannt. Bereits am Anfang dieses Jahres war bemerkbar, dass 2013 für die Regierung sowie auch für die Bürger ein schwieriges Jahr werden würde: Die Sparvorlagen der Regierung müssten fortgesetzt bzw. umgesetzt werden. Überdies müsste die Regierung die langersehnten Reformen umsetzen, die Privatisierungen vorantreiben. Samaras ist entschlossen, das verlorene Vertrauen Griechenlands im Ausland wieder zurückzugewinnen. Allerdings stellen Proteste und Streiks die Dreiparteienregierung unter Samaras auf die Belastungsprobe.

PM Samaras und seine Dreiparteienregierung zeigen in dieser schwierigen Situation politische Flexibilität. Samaras hat entgegen aller Prognosen die politischen und wirtschaftlichen Klippen bislang gut umschiffert. Bisher hat er es gut verstanden, seinen beiden Koalitionspartnern aus dem linken Lager (PASOK und DIMAR) bei der Stange zu halten.

Die Umfragen weisen der Partei der Nea Dimokratia einen leichten Vorsprung gegenüber der Hauptopposition der linksradikalen Partei SYRIZA von Tsipras aus. An dieser Stelle muss man auf die Reisen von Alexis Tsipras nach Deutschland und in die USA hinweisen, wo er bei seinen Ansprechpartnern anders als im Inland sein proeuropäisches Gesicht gezeigt hat.

Im Januar 2013 hat das griechische Parlament ein Paket von Steuererhöhungen und weiteren Belastungen beschlossen. Nach dem neuen Steuerrecht werden Angestellte und Rentner sowie Freiberufler und Gehaltsempfänger schwer belastet. Die Neuregelung soll nach den Planungen der Regierung in diesem und im nächsten Jahr insgesamt 2,5 Milliarden Euro in die Staatskassen bringen.

Laut Umfragen reagiert die Mehrheit der Griechen eher gelassen, will stabile Verhältnisse und setzt sich gegen Unruhen und Ausschreitungen ein. Doch die soziale und wirtschaftliche Lage der meisten Griechen ist dramatisch. Abgeschaltete Heizungen, Neonazis in den Straßen, Suppenküchen für die Bedürftigen - und Mütter, die ihre Kinder ins Heim bringen, weil sie dort wenigstens Taschengeld und neue Kleider bekommen: Griechenland erlebt einen Alltag voller Verzweiflung.

Die Griechen erleben harte Zeiten, seitdem die Schuldenkrise vor etwa vier Jahren ausbrach. Die wirtschaftliche Not ist inzwischen so groß und so weit verbreitet, dass das Sozialgefüge im Land aufbricht und der politische Zusammenhalt sich aufzulösen droht. Der enge Zusammenhalt im griechischen Familienverbund hatte bisher den Betroffenen dabei geholfen, dem Kollaps des Arbeitsmarkts die Stirn zu bieten. Doch selbst diese Institution gerät unter Druck, während sich die Haushaltseinkommen drastisch verringern.

Griechenland hat insgesamt elf Millionen Einwohner. Doch nur 3,7 Millionen von ihnen haben einen Arbeitsplatz. Vor vier Jahren hatten noch 4,6 Millionen Griechen eine Stelle. In dieser Zeit haben sich die wirtschaftlichen Aktivitäten um mehr als zwanzig Prozent verringert.

Die effektive Armutsquote ist auf 36 Prozent gestiegen, verglichen mit etwa 20 Prozent 2009. Etwa 8,5 Prozent der Griechen leben in extremer Armut und können sich noch nicht einmal Basisgüter und -dienste leisten.

Die Krise zerstört die Mittelklasse. Sie leidet am stärksten unter den Gehaltskürzungen und Arbeitsplatzverlusten im öffentlichen, sowie auch im privaten Sektor, müssen aber gleichzeitig höhere Steuern zahlen.

Im Herzen Athens ist mit Händen zu greifen, dass die griechische Gesellschaft von ihren Reserven zehrt. Den Familien, Unternehmen und den gemeinnützigen Organisationen gehen nicht nur die Ersparnisse aus. Sie haben auch kaum noch die Kraft, weiter durchzuhalten.

Die Regierung treibt Privatisierungen voran. Im Mittelpunkt des Reformprogramms (2011-2015) stehen 2013 die Privatisierungen. Athen will sich in nächster Zeit von mehreren großen Staatsbeteiligungen trennen.

Auf der langen Liste des griechischen Privatisierungsfonds stehen Unternehmen, Immobilien und Grundstücke. Zu den größten Betrieben zählen neben der Bahngesellschaft die staatlichen Gas- und Wasserversorger, Flughäfen und Häfen, ein Nickelproduzent, die Post, die Glücksspiel- und eine Erdölgesellschaft.

Die Regierung hofft, mit den Verkäufen bis zum Jahr 2015 etwa 19 Milliarden Euro einzunehmen. Der Technokrat Finanzminister Giannis Stournaras sieht einen Hoffnungsschimmer, ein Licht am Ende des Tunnels. Er prognostiziert, dass das Land zum Jahresende die Rezession überwinden könnte. Der Minister hofft, dass der Primärhaushalt in diesem Jahr nicht nur wie geplant ausgeglichen sein wird, sondern „dass wir einen kleinen Überschuss erwirtschaften können“. Abschließend kann man hoffen, dass der harte Sparkurs in Griechenland womöglich bald Früchte trägt!

Polixeni Kapellou ist die Leiterin der Verbindungsstelle der Hanns-Seidel-Stiftung in Athen

Kontakt: Athen@hss.de